

München, 28.04.2022

## Versorgungslücken schließen: SPD fordert mehr psychosoziale Unterstützung für traumatisierte Geflüchtete

**Asylpolitische Sprecherin Alexandra Hiersemann: Betroffene brauchen flächendeckend Anlaufstellen**

Seit Kriegsbeginn sind über fünf Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, davon fast 400.000 nach Deutschland. Sie haben größtes Leid erlebt, viele sind traumatisiert. Die SPD-Landtagsfraktion fordert in einem [Antrag](#), der heute (28.4.) im Rechtsausschuss des Bayerischen Landtags beraten wird, die psychosoziale Betreuung für Geflüchtete schnellstmöglich auszubauen. Dazu die asylpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Alexandra Hiersemann**: "Die Geflüchteten brauchen schnelle Hilfe. Ohne Behandlung laufen traumatisierte Geflüchtete Gefahr, chronisch krank zu werden. Auch können Probleme bei der Alltagsbewältigung die Folge sein. Ohne ausreichende Angebote für die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten wird eine erfolgreiche Integration für Betroffene massiv erschwert!", erklärt Hiersemann. Geflüchtete leiden dabei häufiger an einer psychosozialen Erkrankung als andere Menschen.

Bereits seit vielen Jahren mahnen soziale Träger die Versorgungsproblematik im Bereich der psychosozialen Betreuung für Geflüchtete in Bayern an. Die Nachfrage übersteigt die Angebote massiv. Durch den Angriffskrieg auf die Ukraine sind bereits über 100.000 Schutzsuchende in Bayern angekommen, was die Versorgungssituation verschärft. "Viele der Geflüchteten werden psychosoziale Betreuung benötigen – aufgrund der Versäumnisse der Staatsregierung werden viele Geflüchtete diese jedoch zunächst nicht erhalten", so die mittelfränkische Abgeordnete.

In ihrer Antwort auf die [Schriftliche Anfrage](#) der asylpolitischen Sprecherin führt die Staatsregierung aus, dass es derzeit verschiedene Projekte in den Regierungsbezirken gibt, deren Laufzeit jedoch begrenzt und die Förderung teils ungeklärt ist. Die Staatsregierung räumt sogar ein, dass auch sie einen erhöhten Bedarf, beispielsweise für interkulturelle Weiterbildungsprogramme, feststellen, zeigt allerdings bislang wenig Initiative für Verbesserungen und sieht trotz der gestiegenen Herausforderungen an die sozialen Träger keinen Handlungsbedarf ([vgl. Drs. 18/21882](#))! "Das Festhalten an vorhandenen Strukturen ist komplett unverständlich und forciert gesundheitliche und soziale Probleme bei Geflüchteten", resümiert Hiersemann.

Konkret fordert Hiersemann einen flächendeckenden Ausbau der Hilfsangebote, eine engere Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern sowie langfristige finanzielle Förderung durch den Freistaat. Zur besseren Vernetzung schlägt Hiersemann vor, ein Koordinationszentrum zur Beratung und Behandlung einzurichten. "Gerade jetzt gilt es – dringender denn je – entsprechende Maßnahmen umzusetzen und den Zugang zu psychosozialer Versorgung und Behandlung für die Betroffenen zu sichern!", so Hiersemann.